

Protokoll:

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen trägt den in Session einsehbaren Änderungsantrag vor und begründet diesen.

Die SPD-Fraktion merkt an, dass die vorgelegte Satzung sozial ungerecht gestaltet sei. Der bevorstehende Ausbau des Radwegenetzes würde ohnehin zu einer Verknappung von Stellplätzen führen. Die vorgelegte Satzung würde die aktuelle Parksituation künstlich verschärfen sowie eine Verteuerung von kostenpflichtigen Stellplätzen herbeiführen.

Die Fraktionen CDU und SPD beantragen die Vertagung der Angelegenheit.

Beigeordneter Flöck stellt klar, dass man durch die vorgelegte Satzung ein sicheres Instrument besäße, um bei zukünftigen Bauvorhaben vor allem in verdichteten Gebieten Stellplätze reduzieren könne. Den Bauenden stehe es jedoch weiterhin frei, mehrere Stellplätze als es in der Stellplatzsatzung vorgeschrieben wäre, zu errichten.

Oberbürgermeister Langner schlägt vor die Angelegenheit in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität sowie in den Haupt- und Finanzausschuss zu verweisen. Der Stadtrat stimmt diesem Vorschlag zu.